

Vordrucke (Teilnahmewettbewerb)

**für das Vergabeverfahren
„Einführung einer
Betriebssteuerungs- und Planungssoftware“
der Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH (evb)**



Hinweis: In den nachfolgenden Vordrucken wird aus Gründen der Lesbarkeit statt der „Ich/Wir“ allein die „Ich“-Form verwendet.

Die nachfolgenden Vordrucke sind von dem Bewerber zur Erstellung und Einreichung seines Teilnahmeantrags zu verwenden!

Die Vordrucke sind jeweils an den vorgesehenen Stellen eigenhändig im Original zu unterschreiben!

Im Übrigen wird vollumfänglich auf die veröffentlichte EU-Bekanntmachung Nr. 2017/S 085-166548, insbesondere auf die „Teilnahmebedingungen“ nach Abschnitt III.1) sowie auf die „Zusätzlichen Angaben“ gemäß Abschnitt VI.3), verwiesen.

Daten des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) der EU- Bekanntmachung

Abfrage einer Unternehmensbezeichnung und einer empfangsfähigen E-Mail-Adresse. Mit diesen Angaben wird den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Unternehmen ein Zugang zu den Vergabeunterlagen ermöglicht. Die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Unternehmen erhalten die für den Zugang zu den Vergabeunterlagen erforderlichen Zugangsdaten sowie Informationen zum weiteren Verfahren per E-Mail.

Hinweis: Die hinterlegten Felder sind zwingend auszufüllen. Ohne diese Angaben kann nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs kein Zugang zu den Vergabeunterlagen eingerichtet werden. Bei einer Bewerbergemeinschaft sind hier die Daten des vertretungsberechtigten Mitglieds einzutragen.

Daten des Bewerbers:

Name/Firma des Unternehmens:

E-Mail:

Bewerbergemeinschaftserklärung gemäß Abschnitt III.1.) der EU- Bekanntmachung

in dem Verhandlungsverfahren „Einführung einer Betriebssteuerungs- und Planungssoftware“

Für die Bewerbergemeinschaft _____

[Name und Rechtsform]

und zugleich für die nachfolgend genannten Mitglieder der Bewerbergemeinschaft erklären wir hiermit, dass

- alle Mitglieder der gebildeten Bewerbergemeinschaft aufgeführt sind,
- die Bildung einer Bewerbergemeinschaft durch die vorgenannten Mitglieder rechtlich, insbesondere kartell-, wettbewerbs- und vergaberechtlich, zulässig ist,
- die Bewerbergemeinschaft dem Auftraggeber im Falle der Zuschlagserteilung gesamtschuldnerisch haftet und
- für das Vergabeverfahren sowie den Abschluss und die Durchführung des Vertrages folgendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft (Mitglied 1)

[Name und Anschrift des Ansprechpartners]

von den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft bevollmächtigt ist und die Bewerbergemeinschaft sowie die Bewerbergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt.

Mitglied 1 (zugleich vertretungsberechtigtes Mitglied):

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum

.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

Mitglied 2:

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum

.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

Mitglied 3:

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum

.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

Mitglied 4:

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum

.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

[Liste bei Bedarf ergänzen]

**Darstellung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A1) der EU-
Bekanntmachung**

Darstellung des Bewerbers (Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens) und der Unternehmensorganisation (Hauptsitz, ggf. Niederlassungen, Struktur/Aufbau) sowie – falls zutreffend – ausführliche Darstellung der Konzernverbundenheit/-angehörigkeit mit anderen Unternehmen.

Daten des Bewerbers:

Name/Firma des Unternehmens:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Nr.	Darstellung Bewerber	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Darstellung des Bewerbers (Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens)	
2	Darstellung der Unternehmensorganisation (Hauptsitz, ggf. Niederlassungen, Struktur/Aufbau)	
3	– falls zutreffend – ausführliche Darstellung der Konzernverbundenheit/-angehörigkeit mit anderen Unternehmen.	

**Unterschiedene Eigenerklärung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A3)
der EU-Bekanntmachung**

Erklärung nach § 123 GWB:

Hiermit erkläre ich, dass keine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Außerdem erkläre ich hiermit, dass kein Ausschlussgrund aufgrund der Verletzung einer Verpflichtung nach § 123 Abs. 4 Nr. 1 oder 2 GWB vorliegt:

Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 123 Absatz 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Alternativ:

Sofern Ausschlussgründe gem. § 123 GWB vorliegen und die geforderte Eigenerklärung nicht abgegeben werden kann, ist formlos nachzuweisen, dass angemessene Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB getroffen worden sind.

Haben Sie Maßnahmen getroffen, um ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)? Ja Nein

Wenn ja, bitte beschreiben Sie diese:

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Hinweise:

Die Vergabestelle behält sich vor, die erforderlichen Informationen über die persönliche Lage des Bewerbers bei den zuständigen Behörden einzuholen, wenn sie Bedenken in Bezug auf dessen persönliche Eignung hat.

Unterschiedene Eigenerklärung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A4) der EU-Bekanntmachung

Erklärung nach § 124 GWB

Hiermit erkläre ich, dass kein in § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 GWB genannter Ausschlussgrund vorliegt:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd man-

gelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 124 Absatz 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Alternativ:

Sofern Ausschlussgründe gem. § 124 GWB vorliegen und die geforderte Eigenerklärung nicht abgegeben werden kann, ist formlos nachzuweisen, dass angemessene Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB getroffen worden sind.

Haben Sie Maßnahmen getroffen, um ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)? Ja Nein

Wenn ja, bitte beschreiben Sie diese:

.....
(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

Hinweise:

Die Vergabestelle behält sich vor, die erforderlichen Informationen über die persönliche Lage des Bewerbers bei den zuständigen Behörden einzuholen, wenn sie Bedenken in Bezug auf dessen persönliche Eignung hat.

**Nachweise / Erklärungen / Angaben zur
wirtschaftlichen und finanziellen Leis-
tungsfähigkeit**

**gemäß
Abschnitt III.1.2) der EU-
Bekanntmachung**

**Unterschriebene Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens
gemäß Abschnitt III.1.2) (B1) der EU-Bekanntmachung**

Gesamtumsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlos-
senen Geschäftsjahre:

Geschäftsjahr: _____ Umsatz: _____ €

Geschäftsjahr: _____ Umsatz: _____ €

Geschäftsjahr: _____ Umsatz: _____ €

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Unterschriebene Eigenerklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder vergleichbaren marktüblichen Versicherung gemäß Abschnitt III.1.2) (B2) der EU-Bekanntmachung

Hiermit erkläre ich,

dass eine aktuell gültige Haftpflichtversicherung oder eine vergleichbare marktübliche Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von 1 000 000 EUR für Personenschäden und Sachschäden je Schadensfall und Versicherungsjahr besteht.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Alternativ (falls eine Versicherung mit dieser Deckungshöhe derzeit nicht besteht):

Hiermit erkläre ich,

dass ich im Auftragsfall auf erstes Anfordern des Auftragnehmers eine entsprechende Versicherung mit den oben genannten Deckungssummen abschließen werde und auf Verlangen des Auftraggebers auf erstes Anfordern bis zur Zuschlagserteilung das Bestehen der geforderten Versicherung durch entsprechende Verträge oder Dokumente/Bescheinigungen des Versicherers nachweisen werde.

Eine Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigter Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist, liegt dem Teilnahmeantrag bei.

.....
(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

**Nachweise / Erklärungen / Angaben zur
technischen und beruflichen Leis-
tungsfähigkeit**

**gemäß
Abschnitt III.1.3) der EU-
Bekanntmachung**

Nachweis über die Zertifizierung des Unternehmens gemäß Abschnitt III.1.3)
(C1) der EU-Bekanntmachung

Nachweis (gemäß Vordruck) über die Zertifizierung des Unternehmens bzw. des mit dem Hosting beauftragten Dienstleisters nach ISO 27001 oder ISO 27001 auf Basis von BSI IT-Grundschutz.

Dieser Nachweis ist keine Mindestanforderung und daher nur dann vorzulegen, wenn er vorhanden ist. Sollte der Nachweis nicht mit dem Teilnahmewettbewerb vorgelegt werden, kann die BSS nicht auf Basis eines Hostings, sondern lediglich auf Basis eines Eigenbetriebs (unter Abschnitt II.2.4 der EU-Bekanntmachung als „Eigenhosting“ bezeichnet) durch den Auftraggeber angeboten werden. Für ein Angebot der BSS auf Basis eines Hostings ist dagegen der entsprechende Nachweis zwingend erforderlich und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Zum Nachweis über die Zertifizierung meines Unternehmens reiche ich beiliegend eine unbeglaubigte Kopie der aktuell gültigen Zertifizierung (Stichtag: Ablauf der Bewerbungsfrist) entweder

- nach ISO 27001
- oder
- nach ISO 27001 auf Basis von BSI IT-Grundschutz

ein.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

(Anl. Kopie der aktuell gültigen Zertifizierung)

**Nachweis über ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem gemäß Abschnitt
III.1.3) (C2) der EU-Bekanntmachung**

Nachweis über ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach EN/ISO 9000 ff. (oder ein vergleichbares System). Mindestanforderung (M).

Zum Nachweis über die Zertifizierung eines Qualitätsmanagements meines Unternehmens reiche ich beiliegend eine unbeglaubigte Kopie der aktuell gültigen Zertifizierung (Stichtag: Ablauf der Bewerbungsfrist) entweder

- nach EN/ISO 9000 ff. oder
- einem vergleichbaren System

ein.

.....
(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

(Anl. Kopie der aktuell gültigen Zertifizierung)

**Darstellung von mindestens drei Referenzen gemäß Abschnitt III.1.3) (C3) der
EU-Bekanntmachung**

Darstellung (gemäß Vordruck) von mindestens 3 (drei) Referenzen von gegenwärtig oder innerhalb der letzten drei Jahre (Stichtag: Ablauf der Bewerbungsfrist) - abgeschlossen oder gegenwärtig – erbrachten Leistungen über die Entwicklung und den Betrieb einer Betriebssteuerungs- und Planungssoftware für Eisenbahnverkehrsunternehmen, mit Bereitstellung von Hard- und Software (Hosting) mit mindestens 30 Nutzern (Lizenznehmern) unter Angabe des Auftragsgegenstandes (Projektbeschreibung), des öffentlichen oder privaten Auftraggebers, einschließlich eines Ansprechpartners mit Telefonnummer oder E-Mailadresse, des Auftragszeitraumes sowie des Auftragnehmers und des Rechnungswertes. Mindestanforderung (M).

Hinweise: Für den Nachweis der Referenzen sind ausschließlich die vorgesehenen Vordrucke zu verwenden. Sofern jeweils mehr als eine Referenz nachgewiesen wird, sind diese nach Aufträgen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland getrennt darzustellen. Ein Referenzprojekt kann zugleich sowohl zur Erfüllung der unter (C3) als auch zur Erfüllung der unter (C4) geforderten Referenzen angegeben werden. Die Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Leistungsverantwortlichem (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzauftraggebers, Angaben dazu unter lfd. Nr. 3 unten) zugeordnet werden können, das sich zum Nachweis seiner Eignung in dem Teilnahmeantrag darauf beruft.

(Vordruck kann vom Unternehmen vervielfältigt werden):

Lfd. Nr.	Informationen zur Referenz	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Nummer der Referenz	
2	Bezeichnung der Referenz und Angabe des Auftragsgegenstandes (Projektbeschreibung) sowie Anzahl der Nutzer	
3	Name des leistungsverantwortlichen Unternehmens (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzbeauftragers)	
4	Auftragszeitraum (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung)	
5	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Auftraggebers und einer Auskunfts person	
6	Rechnungswert	
7	Die Leistung ist sachmangelfrei und ordnungsgemäß erfolgt / die Leistung ist fachgerecht und ordnungsgemäß ausgeführt (Beantwortung durch zutreffendes Ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

**Darstellung von mindestens drei Referenzen gemäß Abschnitt III.1.3) (C4) der
EU-Bekanntmachung**

Darstellung (gemäß Vordruck) von mindestens 3 (drei) Referenzen von gegenwärtig oder innerhalb der letzten drei Jahre (Stichtag: Ablauf der Bewerbungsfrist) – abgeschlossen oder gegenwärtig – erbrachten Support- sowie Schulungsleistungen/ Anwenderberatungen im Zusammenhang mit der Einführung einer Betriebssteuerungs- und Planungssoftware gegenüber mindestens 30 Schulungsteilnehmern unter Angabe des Auftragsgegenstandes (Projektbeschreibung), des öffentlichen oder privaten Auftraggebers, einschließlich eines Ansprechpartners mit Telefonnummer oder E-Mail-Adresse, des Auftragszeitraumes sowie des Auftragnehmers und des Rechnungswertes. Mindestanforderung (M).

Hinweise: Für den Nachweis der Referenzen sind ausschließlich die vorgesehenen Vordrucke zu verwenden. Sofern jeweils mehr als eine Referenz nachgewiesen wird, sind diese nach Aufträgen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland getrennt darzustellen. Ein Referenzprojekt kann zugleich sowohl zur Erfüllung der unter (C3) als auch zur Erfüllung der unter (C4) geforderten Referenzen angegeben werden. Die Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Leistungsverantwortlichem (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzauftraggebers, Angaben dazu unter lfd. Nr. 3 unten) zugeordnet werden können, das sich zum Nachweis seiner Eignung in dem Teilnahmeantrag darauf beruft.

(Vordruck kann vom Unternehmen vervielfältigt werden):

Lfd. Nr.	Informationen zur Referenz	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Nummer der Referenz	
2	Bezeichnung der Referenz und Angabe des Auftragsgegenstandes (Projektbeschreibung) sowie Anzahl der Schulungsteilnehmer	
3	Name des leistungsverantwortlichen Unternehmens (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzbeauftragers)	
4	Auftragszeitraum (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung)	
5	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Auftraggebers und einer Auskunftsperson	
6	Rechnungswert	
7	Die Leistung ist sachmangelfrei und ordnungsgemäß erfolgt / die Leistung ist fachgerecht und ordnungsgemäß ausgeführt (Beantwortung durch zutreffendes Ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
